freiheit

Ausgabe 07-08/22

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: adobestock

Eine Übersicht über die Kalte Progression und die Valorisierung der Sozialleistungen finden Sie im Blattinneren als Wandzeitung zum Herausnehmen!

Historischer Meilenstein:

Die kalte Progression wird abgeschafft!

Nr. 08-08 / Oktober 2022 Erscheinungsort Wien, Österreichische Post AG, Sponsoringpost, GZ 02Z033906S
Retouren an: Wiener Pressverein, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

Im Mittelpunkt der Mensch

göd.fcg

STABILITÄT & SICHERHEIT

Foto: Hans/Pixabay

goedfcg.at

Foto: ÖAAB/Berger

august.woeginger@oeaab.com

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der freiheit!

Familien langfristig helfen, das war und ist das klare Ziel der Bundesregierung während dieser Teuerungskrise. Durch die hohe Inflation ist der Kaufkraftverlust für die Familien mit Kindern derzeit besonders spürbar.

Mit dem dritten Entlastungspaket gegen die Teuerung sind der Bundesregierung wahre Meilensteine gelungen, denn ab 2023 wird einerseits die heimliche Steuererhöhung – die sogenannte Kalte Progression – abgeschafft und andererseits die Familien- und Sozialleistungen jährlich an die Inflation angepasst.

Das wird sich im Geldbörserl der Familien bemerkbar machen: z.B. beim Kinderbetreuungsgeld. Seit der Einführung im Jahr 2002 wurde diese Sozialleistung nicht mehr erhöht. Das wird sich nun endlich ändern! Auch u.a. die Familienbeihilfe, der Mehrkindzuschlag, der Kinderabsetzbetrag und der Familienzeitbonus werden künftig jährlich angepasst. Das ist langfristige Hilfe, die bei den Menschen ankommt!

Das Team der „freiheit" wünscht Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe!

Ihre

Nikola König-Weixelbraun
***freiheit**-Chefredakteurin*

Lange wurde sie gefordert und nun endlich umgesetzt. Die schleichende Steuererhöhung, auch Kalte Progression genannt, gehört ab dem 1. Jänner 2023 der Vergangenheit an.

EIN MEILENSTEIN FÜR ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖAAB-BUNDESOBMANN UND KLUBOBMANN DER VOLKSPARTEI ABG.Z.NR AUGUST WÖGINGER

Jährlich freuen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über eine Gehaltserhöhung und jedes Jahr kommt es zu der Ernüchterung, wenn man am Gehaltszettel sieht, wie viel davon übriggeblieben ist. Grund dafür war die Kalte Progression. In vielen Regierungen wurde über die Abschaffung geredet. Diese Regierung setzt diesen mutigen Schritt nun um, damit besonders den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Geld in der Tasche bleibt.

Alleine durch diese Maßnahme entlastet die Bundesregierung die Menschen in unserem Land um rund 20 Milliarden Euro bis 2026. Doch wie macht sich dies in den Geldbörsen der Menschen bemerkbar? Die Kalte Progression war ungerecht und hat den Staat über Jahrzehnte an Gehaltserhöhungen mitverdienen lassen. Nun bleibt die volle Gehaltserhöhung bei den Menschen, was im Schnitt bis zu 75 Euro mehr im Monat bringen wird. Gerade in diesen Zeiten ist dieser Beschluss der richtige Schritt und eine zusätzliche Maßnahme im Kampf gegen die Teuerung.

Weiters nehmen wir als Volkspartei unsere soziale und politische Verantwortung wahr. Einhergehend mit der Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung werden die Sozialleistungen, wie die Familienbeihilfe, Krankengeld oder Schüler- und Studienbeihilfe, valorisiert. Dies bedeutet, dass sie jährlich an die Inflation angepasst werden. Seit Jahren fordern wir als ÖAAB eine solche Anpassung und mit dieser Regierung ist dieser Schritt nun gelungen.

Das gesamte Jahr 2022 steht bereits ganz im Zeichen der Entlastung, mit all den gesetzten Maßnahmen. Bundeskanzler Karl Nehammer und sein Team beweisen täglich, dass sie für die Menschen arbeiten.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

„Schule ist Arbeitsplatz und Zukunftsplatz“

Martin Polaschek ist seit Anfang Dezember 2021 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Im *freiheit*-Interview spricht er über den Schulstart und die Herausforderungen des Schulalltags in den kommenden Jahren.

***freiheit:* Herr Bundesminister, das neue Schuljahr hat vor wenigen Wochen begonnen. Wie war der diesjährige Schulstart aus Ihrer Sicht?**

Martin Polaschek: Zwei Dinge sind in diesem Schuljahr besonders erfreulich: Erstens, dass die Normalität wieder in den Schulalltag zurückgekehrt ist. Das freut mich für alle Lehrenden, für die Direktionen, aber vor allem auch für die Schülerinnen und Schüler. Das soziale Leben, das gerade für junge Menschen so wichtig ist, ist wieder in vollem Umfang zurück in unseren Schulen.

Darüber hinaus brachte der Schulanfang auch eine äußerst wichtige und positive Erneuerung: Wir konnten das Pflichtfach „Digitale Grundbildung“ einführen. Damit konnten wir wirklich einen bildungspolitischen Meilenstein umsetzen. Den Schülerinnen und Schüler, von der 5. bis zur 8. Schulstufe, werden nun mindestens einmal pro Woche die Funktionsweisen, Interaktions- und Handlungsmöglichkeiten digitaler Technologien nähergebracht. Das Fach vermittelt die Chancen, aber natürlich auch die Risiken der Digitalisierung.

Foto: BKA

***freiheit:* Wer soll dieses Fach unterrichten? Anders gefragt: Gibt es dafür genügend fachlich versierte Lehrkräfte?**

Polaschek: Natürlich braucht man gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für jedes Fach. In den Curricula der Lehramtsausbildungen wurde die „digitale Grundbildung“ ja bereits als verbindliche Übung geführt, das heißt, wir haben hier schon Lehrkräfte mit Unterrichtskompetenz. Darüber hinaus gibt es seit diesem Herbst aber auch Hochschullehrgänge im Ausmaß von 30 ECTS, das entspricht einem Zeitaufwand von rund 750 Stunden. Damit bereiten wir auch die kommende Generation an Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich vor. Zudem können wir so auch mittel- und langfristig ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung stellen.

***freiheit:* Sie sind also zuversichtlich, dass die digitale Grundbildung ein Erfolg wird?**

Polaschek: Ja, absolut. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist dabei natürlich auch die Ausstattung mit den entsprechenden Geräten. Dank der Geräteinitiative meines Ressorts werden die Schülerinnen und Schüler unseres Landes ja seit dem Vorjahr sukzessive mit Laptops oder Tablets ausgerüstet. Die Ausrollung in den ersten Klassen der AHS-Unterstufen, Mittel- und Sonderschulen läuft gerade. Die Initiative war und ist ein gewaltiger Kraftakt, von dem aber unser gesamtes Schul- und Bildungswesen enorm profitiert.

***freiheit:* Viele Branchen suchen derzeit händeringend nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch über den Lehrermangel wird**

viel diskutiert. Wie wollen Sie diesen Mangel beheben?

Polaschek: Mein Ziel ist es, den Lehrberuf so darzustellen, wie er ist: Schule ist Arbeitsplatz und Zukunftsplatz. Lehrerin oder Lehrer sein ist daher ein Zukunftsjob – auch für unsere Gesellschaft. In der Schule begegnen einander ja nicht nur Lehrende, Schülerinnen und Schüler. Es ist die Begegnung von Wissen von heute und Gesellschaft von morgen. Lehrinnen und Lehrer ermöglichen diese Begegnungen, weil sie einen „Klasse Job" machen. Dieses positive Bild von Schule möchte ich vermitteln. Denn Schule ist Kompetenzzentrum, Bildungs- und Entwicklungsraum, gleichzeitig auch Raum für Ideen und safe room für unsere Kinder. Ich lade alle, besonders auch Quereinsteiger, ein, sich ein neues, ein zeitgemäßes und positives Bild von Schule und vom Lehrberuf zu machen. Die neuen Lehrpläne spiegeln das auch wider. Derzeit sichten wir die Stellungnahmen, die zahlreich eingegangen sind.

***freiheit:* Eine letzte Frage noch: Sie haben vorher schon Fake News angesprochen. Sie haben schon öfters betont, dass Ihnen das Vorgehen gegen Wissenschaftsfeindlichkeit ein großes Anliegen ist. Wie wollen Sie das schaffen?**

Polaschek: Mit Maßnahmen, die die Öffentlichkeit und die breite Bevölkerung ansprechen und faszinieren. Ende September habe ich zur „Trust in Science-Conference", der ersten österreichweiten Vernetzungskonferenz für erfolgreiche Wissenschafts- und Demokratievermittlung, eingeladen. Die Veranstaltung war ein sensationeller Erfolg. Wir werden diesen persönlichen Austausch von Akteurinnen und Akteuren in Bildung, Wissenschaft und Forschung nun weiterhin gezielt fördern. Daneben habe ich eine Studie beauftragt, die den Ursachen von Wissenschafts- und Demokratieskepsis nachgeht. Viele Aktionen zur Wissenschafts- und Demokratievermittlung an Schulen gibt es ja bereits, die Demokratiewerkstatt etwa oder die Zusammenarbeit mit den Science Busters. Aber diese Angebote werden noch stärker ausgebaut, ich denke da etwa auch – in Anlehnung an Sportwochen – an Wissenschaftswochen. Es wird jedenfalls eine umfangreiche, praxisnahe Strategie zur Wissenschafts- und Demokratievermittlung geben.

Foto: Adobestock

Sozialleistungen: Wo künftig valorisiert wird

Gemeinsam mit der Abschaffung der Kalten Progression gibt's auch bei den Sozial- und Familienleistungen mehr Gerechtigkeit. Ab 1. Jänner 2023 werden auch die Sozialleistungen valorisiert, d.h. automatisch an die Inflation angepasst. Damit bleibt denen, die es brauchen, unterm Strich mehr Geld.

Betroffen sind mit Jänner 2023 Kranken-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeld, Umschulungsgeld, Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus, Schülerbeihilfe, Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag und Kinderabsetzbetrag. Im September 2023 folgt die Studienbeihilfe. Schon bisher wertangepasst wurden etwa Pflegegeld (analog zur Pensionserhöhung) und Sozialhilfe (analog zur Ausgleichszulage).

Wesentliche Verbesserungen für Familien

Weiters soll die Anrechnung des Familienzeitbonus (Papa-Monat) auf einen späteren Kinderbetreuungsgeldbezug mit dem Ziel einer Erhöhung der partnerschaftlichen Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung entfallen. Damit werden 700 Euro, wenn man nach einem Papa-Monat auch Kindergeld bezieht, nicht mehr abgezogen. Beim Kindergeld selbst wiederum wird die Zuverdienstgrenze bei der pauschalen Variante von 16.200 auf 18.000 Euro jährlich erhöht.

Auch wird das Schulstartgeld ab dem Jahr 2023 gemeinsam mit der Familienbeihilfe im August statt wie bisher im September ausbezahlt werden.

Damit wurden strukturelle Verbesserungen für Familien beschlossen, die den Familien langfristig helfen werden. Durch die hohe Inflation ist der Kaufkraftverlust bei den Familienleistungen für die Familien und Kinder derzeit besonders spürbar.

Bis zu 1.400 Euro mehr Kinderbetreuungsgeld

Bei einer Familie mit einem bis zu ein Jahr alten Kind gibt es bis zu rund 700 Euro mehr Kinderbetreuungsgeld (Voraussetzung: Kinderbetreuungskonto mit der Kurzvariante zwölf Monate), beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld sind es bis zu rund 1.400 Euro mehr, dazu kommen noch die Familienbeihilfe plus der Kinderabsetzbetrag von 120 Euro mehr. Insgesamt ist mit der Valorisierung also eine zusätzliche Unterstützung für die Familien von bis zu 1.520 Euro pro Jahr beschlossen worden. Von diesen Maßnahmen profitieren insgesamt 1,2 Millionen Familien mit 1,9 Millionen Kindern.

Sozialpolitischer Meilenstein

Die Valorisierung der Sozialleistungen ist für die Betroffenen ein Meilenstein: Ihre Unterstützung wird in Zukunft Jahr für Jahr automatisch an die Teuerung angepasst. Zusammen mit den kurzfristig wirksamen Leistungen wie Teuerungsausgleich, Klimabonus und Strompreisbremse ergibt das ein umfassendes Bündel an kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen. Das bringt wirksame Hilfe für alle, die sie wirklich brauchen.

Stromkostenbremse entlastet jeden Haushalt mit rund 500 Euro

Der russische Angriffskrieg und die pandemiebedingten Lieferengpässe haben zu selten dagewesenen Teuerungsraten geführt. Das klare Ziel der Bundesregierung ist es seit Beginn dieser Krise dagegen zu steuern. Mit drei Entlastungspaketen hat sie gezeigt, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nimmt, und rasch und unkompliziert hilft. Nun wird mit der Stromkostenbremse eine weitere Maßnahme gesetzt, um die Menschen zu entlasten.

Die Strompreise steigen leider weiter und so war es das Ziel der Bundesregierung, die Menschen direkt auf der Stromrechnung zu entlasten. Es wurden viele Vorschläge dazu gemacht und gemeinsam mit der Energiewirtschaft wurden alle Modelle auf ihre technische und rechtliche Umsetzbarkeit geprüft und versucht, jeweils die besten Punkte der Modelle einfließen zu lassen, um einerseits schnell und andererseits sehr breit zu helfen. Mit dem Modell der Stromkostenbremse gelingt es nun, die Kosten für Haushalte direkt und automatisch abzufedern.

Foto: Adobestock

So funktioniert die Stromkostenbremse

Pro Haushalts-Zählpunkt werden maximal 2900 kWh als Grundbedarf gefördert, das sind rund 80 Prozent des durchschnittlichen Verbrauchs der österreichischen Haushaltskundinnen und -kunden. Als Schwellenwert werden 10 Cent pro Kilowattstunde angenommen, das entspricht etwa dem Vorkrisen-Niveau. Der obere Schwellenwert liegt bei 40 Cent pro Kilowattstunde. Das bedeutet: Verbraucherinnen und Verbraucher, die 25 Cent Arbeitspreis pro Kilowattstunde vom Energieversorgungsunternehmen in Rechnung gestellt bekommen, erhalten für die festgelegten 2900 kWh jeweils 15 Cent pro Kilowattstunde vom Staat abgezogen. Wer 40 Cent pro Kilowattstunde zahlen muss, erhält 30 Cent vom Staat. Bei 45 Cent sind es ebenfalls 30 Cent. Diese Obergrenze soll verhindern, dass Energieversorgungsunternehmen angesichts dieser Unterstützungsleistung die Preise anheben.

Schnelle und unbürokratische Hilfe

Mit der Stromkostenbremse schafft die Bundesregierung ein Instrument, das schnell und unbürokratisch hilft. Gleichzeitig wirkt sie direkt inflationsreduzierend. Personen mit hohem Einkommen verbrauchen in der Regel mehr Strom. Sie bezahlen für den Verbrauch, der über die 2900 KWh hinausgeht, den Marktpreis.

Für Haushalte, in denen mehr als drei Personen leben, soll es in einem zweiten Schritt die Möglichkeit geben, einen Antrag auf ein zusätzliches gefördertes Kontingent zu stellen.

Für Menschen, die von den Rundfunk-Gebühren (GIS) befreit sind, wird es einen zusätzlichen Abschlag von 75 Prozent der Netzkosten geben. Das sind für diese einkommensschwachen Haushalte bis zu 200 Euro weitere Entlastung – je nach Höhe des Verbrauchs – und betrifft rund 300.000 Personen.

Rund 500 Euro Ersparnis für jeden Haushalt

Die Stromkostenbremse entlastet einen Haushalt um durchschnittlich rund 500 Euro pro Jahr. Rund 3 bis 4 Mrd. Euro, je nach Preisentwicklung, stellt die Bundesregierung dafür in Summe bereit. Die Stromkostenbremse wird voraussichtlich ab 1. Dezember 2022 direkt auf den Stromrechnungen wirksam und gilt bis zum 30. Juni 2024.

Mein Lieblingsort

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Rudolf Taschner

Der Mathematiker und Autor Rudolf Taschner wurde am 9. November 2017 erstmals zum Nationalratsabgeordneten angelobt. Als ÖVP-Bildungs- und Wissenschaftssprecher setzt er sich unter anderem dafür ein, dass die Mathematik der breiten Öffentlichkeit besser verständlich wird. Er schuf dafür zusammen mit seiner Frau Bianca Anfang 2003 das Projekt „math.space“. Mit Vorträgen, Essays und Büchern bringt er sein Fachgebiet den Menschen näher. Dafür wurde er von den österreichischen Wissenschaftsjournalistinnen und -journalisten zum „Wissenschafter des Jahres 2004“ gewählt.

***freiheit:* Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**

Mein Lieblingsort ist das Denkmal von Kaiserin Maria Theresia an der Ringstraße in Wien, eingebettet zwischen den beiden großen Museen. Maria Theresia steht für die Aufbruchszeit Österreichs in die Aufklärung: Sie reformierte ihr Land sehr klug, richtete eine gute Verwaltung ein und erließ die Unterrichtspflicht, die es allen ihren Untertanen ermöglichte, lesen, schreiben, rechnen und vor allem denken zu lernen.

Das Denkmal selbst wurde im Zuge des Baus der Ringstraße unter Kaiser Franz Joseph errichtet, der sich damit erneut legitimieren wollte. Diese Prachtstraße um die Innenstadt errichten zu lassen, war wohl die beste seiner leider wenigen klugen Entscheidungen. Denn damit beförderte er – ungewollt – nochmals die Aufklärung, und Wien wurde zwischen 1870 und 1930 das geistige Zentrum der Welt.

***freiheit:* Gibt es etwas Spezielles, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?**

Meine Lebensgeschichte: Ich wurde von einer Schule geprägt, die Maria Theresia 1746 gründete: dem Theresianum.

***freiheit:* Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?**

Die besondere Klugheit Maria Theresias bestand in der Wahl ihrer Berater. Im Denkmal umrahmen sie ihre Kaiserin: Kaunitz, der große Außenpolitiker, van Swieten, der Begründer der ersten Wiener medizinischen Schule, auch Sonnenfels, Haydn oder den jungen Mozart findet man, wenn man nach ihnen sucht.

Foto: privat

Der Bildungs- und Wissenschaftssprecher Rudolf Taschner an seinem Lieblingsort: Dem Denkmal von Kaiserin Maria Theresia in Wien.

***freiheit:* Was ist Ihr Lieblingsort außerhalb von Österreich und warum?**

Triest. Es ist wie „Wien am Meer“. Und es gibt in ihm ein nach Maria Theresia benanntes Borgo Teresiano.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Parlamentsstraßenbahn – nächster Halt Parlament

Unter dem Titel „Parlament eröffnet. empfängt. bewegt.“ nahm die „Parlamentsstraßenbahn“ am Internationalen Tag der Demokratie, dem 15. September, ihre erste Fahrt auf. Den Startschuss gab die Parlamentsspitze mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die erste Fahrt unternahmen dann Schülerinnen und Schüler zusammen mit einem Demokratievermittler des Parlaments.

Die Straßenbahngarnitur im Parlamentsdesign wird bis zur Wiedereröffnung des Gebäudes im Jänner 2023 auf der Linie 1 unterwegs sein und das Herz der Demokratie ins Bewusstsein rücken. Auf der Strecke liegt auch die Haltestelle „Parlament“. Fahrgäste können sich also bei jeder Fahrt live ein Bild vom Haus am Ring machen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein, im kommenden Jahr an der Haltestelle „Parlament“ auszusteigen, und das alte neue Hohe Haus zu besuchen.

Splitter aus dem Parlament

Auftakt zur Herbstarbeit mit einer Wallfahrt zur Basilika Sonntagberg

Der ÖVP-Parlamentsklub hat seine Herbstarbeit mit einer Wallfahrt zur Basilika Sonntagberg eingeleitet. Es ist dies bereits das zweite Mal, dass die Abgeordneten aus National- und Bundesrat mit Klubobmann August Wöginger und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka an der Spitze pilgernd unterwegs waren – diesmal zuerst per Bus und dann ab St. Leonhard

Foto: kathpress/Paul Wuthe

Bei bereits herbstlichem Wetter pilgerte die Delegation der ÖVP-Mandatare zur barocken Basilika Sonntagberg.

am Wald (Bezirk Waidhofen/Ybbs) als Fußpilgerinnen und Fußpilger bei sehr durchwachsenem Wetter. „Schlechtes Wetter, gute Stimmung", sagte Abg. Ernst Gödl, einer der Teilnehmer. Die geistliche Begleitung hatte erneut der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, übernommen.

Klubtagung in Tulln

Bei einer Tagung in Tulln mit Bundeskanzler Parteiobmann Karl Nehammer ist der ÖVP-Parlamentsklub auch politisch in den Herbst gestartet. Dabei diskutierten die ÖVP-Mandatarinnen und Mandatare mit den ÖVP-Ministerinnen und Ministern die aktuellen politischen Themen von der Ukraine-Krise über die umfassenden Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung bis zur inneren und äußeren Sicherheit. Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Tullner Bürgermeister und ehemaligen ÖVP-Nationalratsabgeordneten Peter Eisenschenk. Das Einleitungsstatement kam von WIFO-Direktor Prof. Dr. Gabriel Felbermayr.

Foto: ÖVP-Klub/Katharina Schiffl

Bundeskanzler Karl Nehammer (li.), der Tullner Bürgermeister Peter Eisenschenk (Mitte) und Klubobmann August Wöginger (re.) bei der Klubtagung.

Symposium zur Blackout-Vorsorge

Die Themen Blackout und Versorgungssicherheit sind allgegenwärtig. Die Sicherheit der Stromversorgung rückte auch im Parlament in der Hofburg im Zuge eines Symposiums zum Thema Blackout und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt. ÖVP-Nationalratsabgeordneter Andreas Hanger, zugleich Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, und die Generalsekretärin von Österreichs E-Wirtschaft, Barbara Schmidt, hoben die Eigenverantwortung der Menschen hervor, die es zu stärken gelte. Jeder und jede sollte für einen solchen Fall Vorsorge treffe. Ein längerfristiger Stromausfall kann unangenehme Folgen haben „und genau darum ist es wichtig, sich auf dieses Szenario vorzubereiten".

Foto: Parlamentsdirektion/Bohmann

Bei der Veranstaltung zum Thema „Blackout" hob ÖVP-Nationalratsabgeordneter Andreas Hanger, Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, die Eigenverantwortung hervor.

Eintragung ins Kondolenzbuch

Nach dem Tod des britischen Staatsoberhauptes Queen Elizabeth II. hat sich der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abg. Dr. Reinhold Lopatka, in das Kondolenzbuch eingetragen, das in der britischen Botschaft in Wien aufgelegt wurde. „Mit ihrem Tod geht eine historische Persönlichkeit von uns und es endet eine 70 Jahre lange Ära, in der sie für jahrzehntelange Stabilität stand. Auch in Österreich wurde die Queen von vielen Menschen geliebt und verehrt. Unser tief empfundenes Beileid gilt der Königlichen Familie und der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs", so Lopatka in dem Eintrag.

Foto: privat

Im Namen des ÖVP-Parlamentsklubs hat sich der außenpolitische Sprecher in der Britischen Botschaft in das Kondolenzbuch für die verstorbene Queen Elizabeth II. eingetragen.

Wöginger beim Herbstfest des Bauernbundes

Erstmals als „Hausherr" begrüßte der seit Mai amtierende neue Bauernbunddirektor David Süß gemeinsam mit Bauernbundpräsident Georg Strasser die Gäste beim schon traditionellen Herbstfest des Bauernbundes. Gefeiert wurde „open air" mit vielen wetterfesten Gästen – darunter auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger und weitere zahlreiche ÖAAB-Abgeordnete.

Foto: Bauernbund/ Harald Klemm

Bauernbunddirektor David Süß (li.), Klubobmann August Wöginger (Mitte) und Bauernbundpräsident Georg Strasser (re.) genossen den Abend bei bereits recht herbstlichen Temperaturen.

20 Energiespartipps für Zuhause

Seit Monaten sorgen wir uns wegen der steigenden Energiepreise. Eine baldige Entspannung ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil. Deshalb ist es nun notwendig, neben allen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen der Politik, auch ans Energiesparen zu Hause zu denken. Das ist nicht nur fürs Geldbörserl gut, sondern auch für die Umwelt!

Ohne Strom ist unser Leben kaum vorstellbar. Nahezu alle Geräte, die wir im täglichen Leben und im Haushalt benötigen, werden mit Elektrizität betrieben – vom Herd über Kühl- und Gefrierschrank bis zur Unterhaltungselektronik und Beleuchtung, aber eben inzwischen auch Fahrräder, Roller oder Autos. Aber auch den Gasverbrauch sollte man einschränken. Mit ein paar einfachen Regeln kann jede und jeder die Energiekosten effektiv reduzieren. Die *freiheit* hat die 20 besten Ratschläge zusammengetragen:

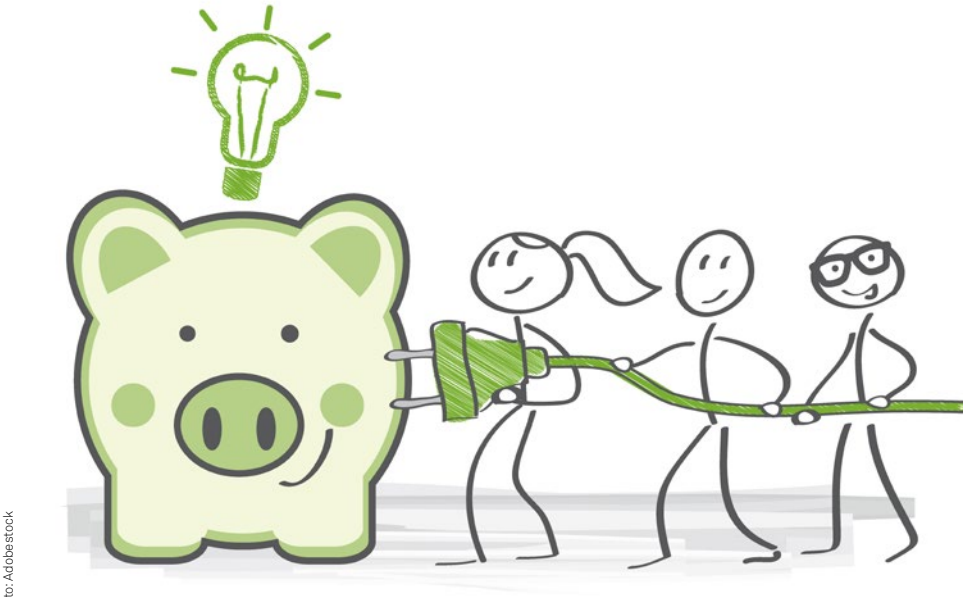


Foto: Adobestock

Tipp 1: Regelmäßig Stoßlüften

Lieber kurz und heftig: Öffnen Sie mindestens zweimal am Tag die Fenster ganz, anstatt sie zu kippen. So wird die Luft ausgetauscht, ohne dass die Wände abkühlen.

Tipp 2: Durchflussbegrenzer für die Wasserhähne

Geringer Aufwand mit hohem Effekt: Wer Durchflussbegrenzer einsetzt, kann viel Wasser sparen. Die kleine Düse kostet rund fünf Euro – die durchschnittlichen Wasserkosten betragen 151 Euro pro Person und Jahr. Die auf den Hahn oder die Dusche aufgesetzten Begrenzer mischen dem Wasser Luft bei und reduzieren den Verbrauch so um die Hälfte.

Tipp 3: Wasser abdrehen und regelmäßig entkalken

Der wohl einfachste Tipp: Lassen Sie das Wasser beim Zähneputzen oder Rasieren nicht laufen, sondern drehen Sie den Wasserhahn einfach ab. Sorgen Sie dafür, dass Wasserhähne und Duschköpfe regelmäßig entkalkt werden. Verkalkte Brausen benötigen mehr Wasserdruck und erhöhen den Verbrauch. Achtung: Durch einen tropfenden Wasserhahn gehen bis zu 2000 Liter Wasser pro Jahr verloren.

Tipp 4: Modernes Licht

Wussten Sie, dass ein Zwei-Personen-Haushalt 270 Kilowattstunden Strom pro Jahr spart, wenn veraltete Lampen gegen Energiespar-Leuchtmittel ausgetauscht werden? Dabei wirkt das neue Licht mittlerweile genauso gemütlich wie das alte: LEDs gibt es in vielen Formen und Lichtfarben.

Tipp 5: Nicht oben ohne

Mit Deckel geht es beim Kochen deutlich schneller: Rund ein Drittel weniger Strom benötigen Elektro-Herde dann. Im Schnellkochtopf reduziert sich der Stromverbrauch des Elektro-Herds durch die kürzere Garzeit sogar um bis zu 50 Prozent.

Tipp 6: Auf die Größe kommt es an

Weiters spielt die richtige Größe der Herdplatte eine Rolle. Stellen Sie einen zu kleinen Topf auf eine große Herdplatte, geht jede Menge Energie verloren. Deshalb gilt: Den richtigen Topf auf die richtige Platte!

Tipp 7: Restwärme nutzen

Ein absoluter Geheimtipp ist die Restwärme: Sie können Backofen und Herdplatten schon vor Ende der Koch- oder Backzeit abstellen und Restwärme nutzen, um die Gerichte fertig zu garen.

Tipp 8: Um- bzw. Heißluft nutzen

Beim Backen setzen Sie am besten auf Um- bzw. Heißluft. Hier liegt die benötigte Temperatur meist niedriger als bei Ober- und Unterhitze und auch die Aufheizzeit ist geringer oder entfällt völlig.

Tipp 9: Waschmaschine clever einschalten

Die Zahl der Waschmaschinen-Einsätze lässt sich spürbar reduzieren, wenn Sie das Gerät stets bis zur maximalen Zuladung füllen. Moderne Waschmittel erlauben geringere Temperaturen als früher. Im Normalfall sind 30 oder 40 Grad Waschtemperatur ausreichend.

Tipp 10: Wäscheständer statt Trockner
Zugegeben: Ein Wäschetrockner ist praktisch – Wäsche rein, Knopf drücken, und den Rest macht die Maschine. Doch gerade ältere Trockner sind echte Stromfresser. Deshalb sollte die Wäsche an der frischen Luft trocknen – zum Nulltarif. Der Wäscheständer spart Ihnen nicht nur Geld, sondern verbessert sogar Ihr Raumklima.

Tipp 11: Clever Bügeln
Auch beim Bügeln kann jeder Strom sparen. Wird die Wäsche richtig vorbereitet, dauert das Bügeln weniger lang. Also Wäsche lieber auf Bügeln hängen lassen und vor dem Trocknen glattstreichen, dann bügelt es sich leichter und schneller. Beim Bügeln gibt es eine ähnliche Regel wie beim Backen und Kochen: Restwärme nutzen. Wird das Bügeleisen schon kurz vor Schluss ausgeschaltet, dann kann die Restwärme zum Glätten noch verwendet werden.

Tipp 12: Alte Stromfresser austauschen
Auch wenn der zehn Jahre alte Herd oder der betagte Kühlschrank noch ganz gut funktionieren: Veraltete Geräte verbrauchen viel zu viel Strom. Trotz der Anschaffungskosten spart man langfristig Geld, wenn man auf moderne Küchengeräte der Energieeffizienzklasse A+++ umrüstet.

Tipp 13: Stand-by – Die heimlichen Stromfresser abschalten
Fernseher, CD-Player oder der Kaffee-Automat können Strom verbrauchen, ohne dass sie benutzt werden. Denn im Bereitschaftsmodus sind sie nur scheinbar aus. Schalten Sie den Stand-by-Modus ab, sonst saugen sie rund um die Uhr Strom! Bei Geräten, die keinen Netzschalter haben, bieten abschaltbare Steckdosen eine Lösung.

Tipp 14: Helligkeit am TV regeln
Helligkeit und Kontrast sind bei neuen Fernsehern oft unnötig hoch eingestellt, damit sie im Elektronikmarkt auffallen. Mit einer niedrigeren Einstellung lässt sich hier über Jahre effizient Strom sparen.

Tipp 15: Monitor abschalten
Schalten Sie den Monitor Ihres Computers aus, wenn Sie ihn nicht benutzen. Gerade grafisch aufwendige Bildschirmschoner verbrauchen viel Strom. Ändern Sie die Energieoptionen Ihres Computers. Der vom Hersteller vorgegebene Energiesparmodus verringert die Bildschirm-Helligkeit und schaltet das Gerät schneller ab, wenn der Rechner mehrere Minuten nicht verwendet wird. Das spart bis zu 90 Prozent Strom.

Tipp 16: Coole Tipps für den Kühlschrank
In Kühlschränken genügen sieben Grad, um Lebensmittel ausreichend zu kühlen. Leicht Verderbliches wie Fleisch oder Fisch lagert man im Kühlschrank im untersten Fach, das am kältesten ist. Mit einem Thermometer lässt sich die richtige Temperatur leicht messen und einstellen. Kühlgeräte sollten von Wärmequellen wie Herd oder Heizkörper möglichst weit entfernt aufgestellt sein. Außerdem sollte man darauf achten, dass Getränke oder Speisen immer komplett abgekühlt sind, bevor man sie in den Kühlschrank stellt. Und die Tür nicht unnötig lange offenstehen lassen.

Tipp 17: Kühl- und Gefrierschränke regelmäßig abtauen
Das regelmäßige Abtauen von Kühl- und Gefrierschrank senkt erheblich den Stromverbrauch. Außerdem wird so die Leistungsfähigkeit von Gefrierschränken erhalten. Schon eine 2 mm dicke Eisschicht im Gefrierschrank erhöht den Stromverbrauch um 15 Prozent. Regelmäßiges Abtauen hilft also enorm beim Strom sparen.

Tipp 18: Elektrische Küchengeräte durch mechanische ersetzen
Kaum jemand merkt es, aber inzwischen erledigen wir mehr und mehr Tätigkeiten mit der Hilfe von kleinen elektrischen Helfern. Dabei könnte das ein oder andere einfach nach wie vor manuell und ganz ohne Energieverbrauch erfolgen. Ein paar Beispiele: Einfach die elektrische Schneidemaschine durch eine mechanische ersetzen, oder zum Beispiel das Brot einfach mit einem Sägemesser schneiden. Eiweiß oder Schlagobers müssen nicht in der elektrischen Küchenmaschine aufgeschlagen werden, dafür gibt es auch mechanische Hilfsgeräte. Nudelmaschinen oder Fleischwolf müssen nicht mit elektrischer Energie betrieben werden, es gibt auch Modelle mit Handbetrieb.

Tipp 19: Duschen statt Vollbad
Warmes Wasser ist sehr angenehm und tut dem Körper und der Seele richtig gut. Doch ist es sehr aufwändig und kostspielig das Wasser jedes Mal zu erwärmen. Um bei der Warmwasseraufbereitung effektiv zu sparen, empfiehlt es sich auf große und heiße Schaumbäder zu verzichten und dafür lieber zu duschen. Denn bei einem ausgiebigen Bad in der Wanne, können locker über 100 Liter Wasser verbraucht werden. Ein Vollbad kostet etwa drei Euro, eine Dusche hingegen rund einen Euro.

Tipp 20: Wasserhähne immer auf kalt voreinstellen
Da einige Haushalte mit einer zentralen Gasheizung oder der Gastherme nicht nur die Wohnung heizen, sondern auch für Warmwasser sorgen, sollten die Wasserhähne immer auf Kalt eingestellt sein. Somit verhindern Sie, dass die Gastherme anspringt und Energie für die Warmwasseraufbereitung verbraucht. Denn vor allem bei kleinen Vorgängen, wie das Händewaschen, braucht man kein warmes Wasser. Dann stellt man den Wasserhahn ab, bevor das warme Wasser überhaupt genutzt wird. Folglich ist die Therme unnötig in Betrieb gegangen und verursacht Gaskosten.

Mehr fürs Leben –

Abschaffung der Kalten Progression

Stark vereinfacht meint der Ausdruck „Kalte Progression“: Obwohl man eine Gehaltserhöhung bekommen hat, kann man sich weniger leisten als davor. Schuld an diesem Phänomen sind zwei Faktoren:

- Die Steuerprogression: Je mehr Gehalt man verdient, desto höher klettert der Steuersatz.
- Die Inflation: Die Preise für Waren und Dienstleistungen steigen kontinuierlich, daher sinkt die Kaufkraft.

Die Bundesregierung schafft diese „heimliche Steuererhöhung“ nun ab. Damit wird nun das umgesetzt, was jahrzehntelang versprochen wurde. Gemeinsam mit weiteren strukturellen Maßnahmen, wie der Senkung der Lohnnebenkosten, bleiben den Menschen dadurch rund 20 Milliarden Euro mehr zum Leben.

Valorisierung der Sozialleistungen

Ab 1. Jänner werden Sozial- und Familienleistungen erstmalig entsprechend der jährlichen Valorisierungsautomatik angepasst.

Davon profitieren Bezieherinnen und Bezieher von

- Kranken-, Reha- und Wiedereingliederungsgeld
- Umschulungsgeld
- Studienbeihilfe
- Schülerbeihilfe
- Kinderbetreuungsgeld
- Familienzeitbonus
- Familienbeihilfe
- Schulstartgeld (wird künftig im August statt im September ausgezahlt)
- Mehrkindzuschlag
- Kinderabsetzbetrag

Beispiel 1: Ehepaar mit zwei Kindern

Ehepaar mit zwei Kindern (10 und 14 Jahre) aus Linz: Karin ist Vollzeitangestellte in der öffentlichen Verwaltung, Klaus Vollzeitangestellter bei einem Handelsunternehmen.

Karin (Monatseinkommen 2.500 Euro brutto)	
Ausgleich Kalte Progression Steuer	2.297 Euro
Ausgleich Valorisierung der Familienbeihilfe	1.415 Euro
Gesamtentlastung bis 2026	3.712 Euro
Klaus (Monatseinkommen 1.500 Euro brutto)	
Ausgleich Kalte Progression Steuer	1.543 Euro
Gesamtentlastung bis 2026	1.543 Euro
Gemeinsame Entlastung bis 2026	**5.255 Euro**

Gemeinsame Entlastung bis 2026
5.255 Euro

– fair für alle

Gemeinsame Entlastung bis 2026
2.382 Euro

Beispiel 2: Pensionisten-Ehepaar

Pensionisten-Ehepaar aus Klagenfurt: Hans war Vollzeitangestellter (1.300 Euro Bruttopension) bei einem Versicherungsunternehmen, Gerda war lange Zeit zu Hause und als Sprechstundenhilfe (1.100 Euro Bruttopension) bei einem Arzt tätig.

Hans (1.300 Euro Bruttopension)

Ausgleich Kalte Progression Steuer	1.191 Euro
Gesamtentlastung bis 2026	1.191 Euro

Gerda (1.100 Euro Bruttopension)

Ausgleich Kalte Progression Steuer	1.191 Euro
Gesamtentlastung bis 2026	1.191 Euro
Gemeinsame Entlastung bis 2026	**2.382 Euro**

Entlastung bis 2026
1.177 Euro

Beispiel 3: Alleinerzieherin mit einem Kind

Alleinerzieherin mit einem Kind (6 Jahre) aus Innsbruck:
Lisa ist Teilzeitangestellte (800 Euro Bruttogehalt) bei einer Bank.

Lisa (Monatseinkommen 800 Euro brutto)

Ausgleich Kalte Progression Steuer	470 Euro
Ausgleich Valorisierung der Familienbeihilfe	707 Euro
Gesamtentlastung bis 2026	1.177 Euro
Entlastung bis 2026:	**1.177 Euro**

Foto: AdobeStock.com

Foto: Photographee.eu/stock.adobe.com

Schwarzmalerei bei Pensionen: Die Höhe der für die Pensionen bereitgestellten Bundesmittel ist seit den 1970er Jahren stabil geblieben, Sorgen sind unberechtigt.

Die große Panikmache bei den Pensionen

AK Analyse: „Unfinanzierbar", „Pensionsloch", „Explosion bei Pensionsausgaben" – Negative Meldungen über das staatliche Pensionssystem überschlagen sich gerade in Zeiten, in denen über die Höhe der Pensionen verhandelt wird. Die Fakten zeigen jedoch ein anderes Bild.

Die Diskussion über die Erhöhung der Pensionen brachte wieder ein altes Schreckgespenst zu Tage, nämlich, dass die Pensionen nicht mehr finanzierbar seien. Mit horrenden Zahlen wird über die Unfinanzierbarkeit der Altersversorgung schwadroniert, mit harten Fakten wird gegeizt. Dies endet in reiner Panikmache, denn bei genauer Betrachtung der Fakten ergibt sich ein wesentlich differenziertes Bild: Ja, das Pensionssystem hat Reformbedarf, allerdings nicht dort, wo immer behauptet wird.

Das Wichtigste dazu gleich vorweg: Die weitaus größte Zahl der Pensionisten, die ASVG-Versicherten, beziehen laut Jahresbericht der Sozialversicherung Pensionen, die zu rund 86 Prozent beitragsgedeckt sind (Bundesbeitrag 2021: 14,5 Prozent). In anderen Worten: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanzieren sich ihre Pensionen selbst, der Bundeszuschuss fällt hier am geringsten aus. Trotzdem sind es gerade die ASVG-Versicherten, die ständig als Argument ins Feld geführt werden, um die Unfinanzierbarkeit der Pensionen zu rechtfertigen.

Auch ein weiteres Detail sollte diesbezüglich nicht vergessen werden: So ist der Anteil des Bundesbeitrags an diesen Pensionen in den letzten zehn Jahren nicht gestiegen, son-

entgeltliche Einschaltung

dern sogar gesunken. Hinzukommt, dass eine Anhebung des Pensionsalters auf die gesetzlichen 65 Jahre dieses geringe Defizit vollständig bereinigt – ein zusammenbrechendes Pensionssystem sieht anders aus. Wo aber liegt dann der Reformbedarf?

Schwellenwerte

Bei einigen Gruppen muss teilweise ein großer Teil der Pensionen aus dem Budget zugeschossen werden. Ein weiterer Knackpunkt sind auch die Pensionen der Beamten. Die Beamtenpension unterscheidet sich in ihrer Höhe je nach Berufsgruppe stark und liegt in der Regel in Österreich durchschnittlich über der ASVG-Pension. Beamte sind zwar kranken- und unfallversichert, aber nicht pensionsversichert. Sie erhalten einen Ruhegenuss vom Staat und leisten dafür einen Beitrag in Höhe von 12,55 Prozent ihrer Bemessungsgrundlage. Diese besteht aus dem Gehalt und den als ruhegenussfähig erklärten Zulagen und ist ohne Höchstbemessungsgrundlage. So ergibt sich die Situation, dass von den mehr als zwölf Milliarden an Pensionsausgaben in diesem Bereich ganze drei Milliarden an Beitragseinnahmen gegenüberstehen.

Reformen

Dass das Pensionssystem an einigen Stellen reformierbar ist, steht außer Frage. Am wenigsten aber dort, wo normalerweise am stärksten eingegriffen wird, nämlich bei den ASVG-Pensionen. Auch die Höhe der für die Pensionen bereitgestellten Bundesmittel ist – gemessen an der Wirtschaftsleistung – seit den 1970er Jahren stabil geblieben und lag bei 2,2 Prozent bis 3,4 Prozent, aktuell ca. 3 Prozent. Ein Pensionsloch oder eine „Explosion“ bei Pensionen lassen sich somit nicht belegen, zumal die Bundesmittel kein „Loch“ füllen, sondern seit jeher fixer Bestandteil der Finanzierung und ein wesentliches Element der sozialen Gestaltung waren bzw. sind.

FREIHEIT | INFO

AK Broschüre:
„Unsere Pensionen - Fakten statt Mythen“

Was Sie über unser Pensionssystem wissen sollten, gibts in der Broschüre „Unsere Pensionen - Fakten statt Mythen“ nachzulesen. Darin wird erklärt, welche unterschiedlichen Systeme es gibt, was das Drei-Säulen-Modell ist und wie es in der Praxis funktioniert, wie die Pensionen finanziert werden und welche Pensions-Zugangs-Voraussetzungen gegeben sein müssen. Außerdem präsentiert die Arbeiterkammer Forderungen, damit die Pension zukunftsfit bleibt.

Broschüre bestellen unter 0800/22 55 22 – 1280 oder herunterladen auf www.ak-tirol.com

entgeltliche Einschaltung

10 gute Gründe, bei der GÖD zu sein

✔ **Sozialpartner bei Verhandlungen**
im Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht.

✔ **Rechtsschutz**
bei Dienstrechts-, Arbeits- und Sozialgerichtsverfahren, Zivil- und Strafprozessen, Disziplinarverfahren, Beschwerden an den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof.

✔ **Information für Mitglieder**
GÖD-Jahrbuch, GÖD-Mitgliedermagazin, diverse GÖD-Folder.

✔ **Mitglieder Weiterbildung**
in vielen Kursen der GÖD und des BFI, Förderung von Diplomarbeiten (Johann-Böhm-Fond).

✔ **Mobbingberatung**
Kostenlose Erstberatungsgespräche, Hilfe durch Rechtsberatung, Seminare/Vorträge an den Dienststellen.

✔ **GÖD App**
Publikationen der GÖD – digital abrufbar.

✔ **Bildungsförderung**
Zuschüsse an GBA-Bildungsreisen, Fahrt- und Eintrittskosten bei Bildungsfahrten, ermäßigte Theater- und Konzertkarten.

✔ **Günstige Urlaube**
Angebote in den GÖD-Hotels, Zimmerbörse, betreute Kinderheime, Familienurlaub mit behinderten Kindern, Kinderferienaktion.

✔ **Soziale Unterstützung**
Familienunterstützung, Katastrophenfonds, Freizeit-Unfallversicherung (Spitalgeld, Invaliditäts-, Todesfall-, Begräbniskostenbeitrag, Ablebens-Risikoversicherung).

✔ **Service à la card**
Mit der GÖD-Mitgliedskarte viele Vorteile bei Einkauf, Freizeit, Kultur und vielem mehr nutzen: goedvorteil.at.

→ **GÖD-Website**
goed.at

→ **Instagram**
@Goed_official

→ **GÖD-Newsletter**
goed.at/newsletter

→ **Facebook**
@Goed.official

→ **Twitter**
@Goed_official

→ **Telegram-Infodienst**
goed_bot

→ **Podcast**
goed.at/podcast sowie auf Spotify

→ **Radio GÖD**
goed.at/radio

Jetzt Mitglied werden

GÖD
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Gemeinsam jeden Tag
FÜR FAIRNESS

Große Anerkennung für den Öffentlichen Dienst

Durch ihren unermüdlichen Einsatz konnten Österreichs öffentlich Bedienstete das enorme Vertrauen, das die Bevölkerung in sie setzt, auch im vergangenen Jahr weiter ausbauen. Dies zeigen der neueste APA/OGM-Vertrauensindex[1] sowie die aktuelle IMAS-Studie.

Der APA/OGM-Vertrauensindex zeichnet ein deutliches Bild vom Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Institutionen. Dabei genießt der Öffentliche Dienst durchwegs sehr hohe Anerkennung, viele Bereiche konnten gegenüber dem Vorjahr sogar noch deutlich zulegen. Spitzenreiter ist dabei das Bundesheer, das einen Zuwachs um 20 Prozentpunkte vorweisen kann. Die Zustimmung liegt bei beachtlichen 52 Prozent, was laut OGM-Chef Wolfgang Bachmayer mit dem aktuellen Ukrainekrieg zusammenhängt. Auch andere Institutionen des Öffentlichen Dienstes können sich über besonders gute Vertrauenswerte freuen, etwa Bildungseinrichtungen wie Universitäten, Schulen, Finanzämter, der Gewerkschaftsbund und die Justiz.

Die höchste Zustimmung aller Institutionen genießt nach wie vor die Polizei mit einem unglaublichen Wert von 55 Prozent und einem Zuwachs von 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Entscheidend für die Lebensqualität

Auch die im Auftrag der GÖD durchgeführte repräsentative IMAS-Studie[2] stellt dem Öffentlichen Dienst ein hervorragendes Zeugnis aus. Einleitend bestätigt sie die große Zufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit der allgemeinen Lebensqualität im Land. Befragt wurden 1013 Personen über 16 Jahre. Zwei von drei Befragten verleihen hier die Note „sehr gut“ (32 Prozent) bzw. „gut“ (34 Prozent). Ausschlaggebend für diese außerordentlich positive Resonanz waren in erster Linie Faktoren wie die Gesundheitsversorgung, Natur und Umwelt sowie das demokratische System.

In diesem Zusammenhang attestiert eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent der Befragten dem Öffentlichen Dienst eine entscheidende Rolle bei der Lebensqualität in Österreich. Mehr als acht von zehn Befragten vergaben hier die Noten „Sehr gut“ bzw. „gut“. Das ist im Vergleich zum Herbst 2020 ein Plus von 6 Prozentpunkten.

Hervorragendes Zeugnis

„Verantwortungsvoll“, „kompetent“, „verlässlich“: Diese Eigenschaften verbanden fast 80 Prozent der Befragten mit dem Öffentlichen Dienst. Der derzeitigen Situation geschuldet, wurden aber auch Begriffe wie „überfordert“ oder „überlastet“ als zutreffend empfunden. Hier zeigt sich eine deutliche Steigerung gegenüber den Ergebnissen von 2019 bzw. 2021.

Was das Image der verschiedenen Berufsgruppen betrifft – es wurden übrigens auch Berufe abseits des Öffentlichen Dienstes abgefragt –, genießen Gesundheitsberufe, Straßenmeisterei und Verwaltung, aber auch LehrerInnen und PolizistInnen besonders hohes Ansehen. Und das, obwohl die Anforderungen an die MitarbeiterInnen des Öffentlichen Dienstes deutlich gestiegen sind. Als besonders belastend werden vor allem Personalmangel, das aggressive Verhalten von Kunden, der Druck auf rasche Bearbeitung, die hohe Erwartungshaltung sowie die Menge und Komplexität von Gesetzen und Richtlinien wahrgenommen. Hier ist der Öffentliche Dienst massiv gefordert.

Dringender Handlungsbedarf

Zusammenfassend kann man feststellen: Die IMAS-Studie verdeutlicht, dass öffentlich Bedienstete also trotz schwieriger Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit leisten und damit die hohe Lebensqualität im Land aufrechterhalten. Dennoch müssen die Rahmenbedingungen dringend verbessert werden, will man die Qualität der erbrachten Leistungen nicht gefährden. Nicht weniger als unsere Lebensqualität steht auf dem Spiel.

1 Der Vertrauensindex errechnet sich aus dem Saldo der Antworten „vertraue dieser Institution“ bzw. „vertraue nicht“ von 933 repräsentativ ausgewählten Wahlberechtigten.

2 Grundlagenerhebung/ Meinungsinventur 2022. Der Öffentliche Dienst in den Augen der Bevölkerung – Monitor 2022, IMAS, Juni 2022. N=1013; repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (Quotaauswahl, Quoten wurden auf Alter, Geschlecht und Region gesetzt).

entgeltliche Einschaltung

Die Welt wieder in die Fugen bringen

Vor zweieinhalb Jahren hat sich unsere Gesellschaftsstruktur zu ändern begonnen. Dachten viele zu Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 noch, dass sich die Lage wieder rasch normalisieren wird, macht sich mittlerweile Verunsicherung breit.

Forschung und Medizin haben zur Bekämpfung von Corona zwar Großartiges geleistet, Inflation, Krieg in der Ukraine, Explosion der Energiepreise sowie der heiße und trockene Sommer in Europa bereiten allerdings neue Sorgen. Die Politik hat alle Hände voll zu tun, um für Stabilität zu sorgen. An Covid-Hilfen wurden insbesondere mit Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss, Umsatzersatz, Verlustersatz, Ausfallsbonus I, II, III, Steuerstundungen, Garantien, Härtefallfonds bislang rund 46,5 Milliarden Euro ausbezahlt.[1] Zur Eindämmung der Inflation wurde vor dem Sommer ein Paket mit Klimabonus, Teuerungsbonus, Familienbonus, Kindermehrbetrag, Teuerungsabsetzbetrag, Valorisierung von Sozialleistungen und Abschaffung der kalten Progression mit 28,7 Mrd. Euro bis 2026 geschnürt, davon 5 Mrd. Euro Sofortmaßnahmen.[2] Zudem einigte sich die Regierung vor kurzem auf eine Strompreisbremse, die ab Dezember in Kraft treten wird. Durch sie wird der Strompreis für alle Haushalte bis zu einer Marke von 2.900 kWh auf 10 Cent pro kWh gedeckelt.[3] Die dafür bereitgestellten 2,5 Mrd. Euro werden eine spürbare Entlastung für die Bevölkerung bringen.

Einen Gutteil dieser Maßnahmen hat der Öffentliche Dienst auf den Weg zu bringen, allfälligen Missbrauch festzustellen und gegebenenfalls Rückforderungen zu stellen. Die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsbereich leisten seit März 2020

Foto: Andi Bruckner

Der Autor: Otto Aiglsperger ist Leiter des Bereichs Organisation und Wirtschaft in der GÖD

nahezu Übermenschliches, die Exekutive, die Verwaltung und die Lehrerschaft sind ebenso massiv gefordert.
Herausforderungen sind wir im Öffentlichen Dienst gewohnt, wir sind flexibel und stellen uns auf unterschiedlichste Situationen ein. Doch Schulklassen und Kindergärten ohne (ausreichend) qualifizierte PädagogInnen, eingeschränkte Öffnungszeiten bei Behörden, zeitliche Überforderung der Exekutive, Gefährdung des Strafvollzuges, Verschiebung medizinischer Eingriffe, überlange Verfahrensdauer bei Verwaltungsbehörden und Gerichten können wir als Gesellschaft nicht wollen – dies alles gibt es jedoch teilweise schon und ist keine Schwarzmalerei für die Zukunft!

Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, zusammen mit der betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsrat, Personalvertretung) die Bediensteten vor Überforderung zu schützen und darauf zu achten, dass niemand „unter die Räder kommt" und dem Öffentlichen Dienst nicht „die Luft ausgeht".

Vor diesem Hintergrund und der bevorstehenden Pensionierungswelle in den nächsten Jahren benötigt der Öffentliche Dienst dringend Personal. Wir stehen hier jedoch in direkter Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, die mittels Prämien, höheren Einstiegsgehältern und Schaffung eines optimalen Umfeldes wesentlich flexibler agieren kann als der Öffentliche Dienst derzeit.

Damit der Sozial- und Rechtsstaat nicht gefährdet wird, Österreich als Wirtschaftsstandort weiter attraktiv bleibt und die innere Ordnung aufrechterhalten bleibt, muss der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber an Attraktivität gewinnen. Dann wird es uns gelingen, das erforderliche Personal zu bekommen und die aus den Fugen geratene Welt wieder in Ordnung zu bringen!

entgeltliche Einschaltung

1 BMF vom 6.9.2022: bmf.gv.at/public/informationen/corona-hilfsmassnahmen.html
2 bma.gv.at/newsletter/Newsletter-07-2022/Entlastungspaket.html
3 orf.at/stories/3284221/Stand 7.9.2022

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergipfel in Salzburg

Ende September fand der Zweite Salzburger Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergipfel des ÖAAB Salzburg statt. Funktionärinnen und Funktionäre sowie Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter aus Österreich und Bayern versammelten sich, um über die wichtigsten Themen der Zeit zu debattieren. Tagsüber wurden in vier Workshops die Themen Sicherheit, Energie, Familie und der ÖAAB als Denkwerkstatt beleuchtet, abends gab es eine prominent besetzte Podiumsdiskussion mit dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Martin Kocher, Landeshauptmann Wilfried Haslauer und der Präsidentin der Politischen Akademie Bettina Rausch. Die Moderation übernahm Katharina Gudmundsson und führte unter dem Thema „Leistbare Zukunft?“ durch den Abend.

Foto: ÖAAB Salzburg

Im Bild (v.l.n.r.): Landesgeschäftsführer Jurica Mustac, Bundesminister Martin Kocher, Landesrätin Daniela Gutschi, Präsidentin Bettina Rausch, Moderatorin Katharina Gudmundsson und Landesobmann Karl Zallinger

Die GEDESAG baut für Sie in Niederösterreich
gefördert & provisionsfrei

MEIN HEIM GEDESAG

MARKERSDORF VIII
28 Wohnungen

OLLERN I
6 Reihenhäuser

WEINZIERL XIII B
80 Wohnungen

MARTINSBERG III A
4 Wohnungen

ANGERN I
6 Reihenhäuser

HAFNERBACH IV A
18 Reihenhäuser

FELS III A
21 Wohnungen, 8 Reihenhäuser

KEMMELBACH I A + B
20 Reihenhäuser

T +43 2732/ 833 93 **www.gedesag.at** info@gedesag.at

97,72 Prozent Zustimmung für den neuen Landesobmann des ÖAAB Kärnten

Im Rahmen des 24. ordentlichen Landestags des ÖAAB Kärnten am 29. September im Sportpark Klagenfurt wurde Daniel Heinrici mit 97,72 Prozent zum neuen Landesobmann des ÖAAB Kärnten gewählt. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter Kristina Anna Müller, Anna Ott, Christian Struger und Hubert Supersberger wurden ebenso mit großen Mehrheiten gewählt.

Unter dem Motto „Eine neue Arbeitswelt braucht innovative Ideen“ fand der 24. ordentliche Landestag des ÖAAB Kärnten im Sportpark Klagenfurt statt. Neben rund 100 Delegierten durfte die ÖAAB-Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner unter den Ehrengästen auch den ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits begrüßen.

Neben Grußworten und statutarischen Tagesordnungspunkten stellten die Mitglieder des ÖAAB Kärnten auch die Weichen für die Zukunft und wählten ein neues Team. Der Klagenfurter Daniel Heinrici wurde mit 98,2 Prozent zum neuen Obmann des ÖAAB Kärnten gewählt.

Heinricis Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind: Die Obfrau des ÖAAB Bleiburg GR Kristina Anna Müller, AUA-Betriebsrätin Anna Ott, AK-Fraktionsvorsitzender GR Christian Struger und der Vorsitzende des Fachausschuss Kärnten Hubert Supersberger aus der GÖD-Bundesheergewerkschaft.

Foto: ÖAAB Kärnten

Im Bild (v.l.n.r.): ÖVP-Landesparteiobmann Martin Gruber, AK-Fraktionsvorsitzender Christian Struger, AUA-Betriebsrätin Anna Ott, der frisch gewählte ÖAAB-Landesobmann Daniel Heinrici, Obfrau des ÖAAB Bleiburg Kristina Anna Müller, Vorsitzender FA Kärnten Hubert Supersberger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits

Mehr Durchschlagskraft

Daniel Heinrici setzt in seiner neuen Funktion verstärkt auf die Durchschlagskraft des ÖAAB als Interessensvertretung der arbeitenden Bevölkerung: „Nur mit einem starken ÖAAB können wir die Antworten auf die herausfordernden Fragen unserer Zeit finden! Unsere Wurzeln, gepaart mit unseren Werten, sind seit vielen Jahren der Motor für Innovation am Arbeitsmarkt und sichern den Wohlstand für kommende Generationen! Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kärnten, zusammen mit meinem Team, repräsentieren zu dürfen ist für mich eine große Freude und Ehre! Die kommenden Jahre und die damit verbundenen Transformationen, werden nicht nur eine große Herausforderung, sondern bergen auch Chancen für den Standort Kärnten.“

Speziellen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz im Sinne der arbeitenden Menschen Kärntens richtete ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits an die scheidende Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner und überreichte ihr das Goldene Ehrenzeichen des ÖAAB zur Anerkennung.

atlas
GARTENSTADT

atlas
Wo wir zu Hause sind

Baubeginn 2020

Erste Übergabe 2022/2023

Durchdachte Grundrisse

202 Wohnungen
29 Reihenhäuser

2- bis 4-Zimmer Wohnungen mit hochwertiger Ausstattung

Jede Wohnung wahlweise mit Eigengarten und Terrasse, Balkon, Loggia oder mit Dachterrasse

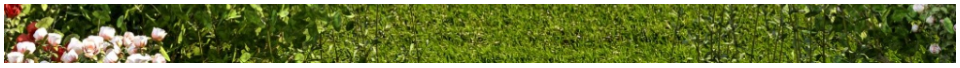
Überdachte PKW-Stellplätze

Großzügige Freiraumgestaltung

Zukunftsorientiert - Vergabe in Miete mit Kaufoption

Kindergarten mit 4 Gruppen

atlas-wohnbau.at Jetzt anmelden! Wr. Neustadt, Badener Straße



ECO-SUITE Hotel
Attraktives 3-Sterne City Hotel mit innovativer und ökologischen Bauweise, großzügigen Suiten und zentraler sowie ruhiger Lage mitten in der Stadt.

Seminare & Veranstaltungen
Seminare, Tagungen oder Firmenfeiern für bis zu 320 Personen. Räume und Säle in verschiedenen Größen verfügbar.

Sommer Hostel
Genießen Sie Komfort zu attraktiven Preisen. Eine hervorragende Wahl für preisbewusste Städtetouristen, Familien und junge Gäste aus aller Welt.

KOLPING
KOLPINGHAUS SALZBURG

HOTEL ECO-SUITE

www.kolpinghaus-salzburg.at
www.ecosuitehotel.at

Unterwegs in Österreich

Foto: FCG/Weinwurm

Volles Haus beim FCG-Oktoberfest

Wenn FCG-Bundesvorsitzender Norbert Schnedl zum bereits traditionellen FCG-Oktoberfest einlädt, dann kommen die Gäste in Scharen. Bei spätsommerlichen Temperaturen fand sich heuer nach pandemiebedingter Zwangspause die Politprominenz im Wiener Prater ein. Unter ihnen fanden sich unter anderem die Staatssekretärin Claudia Plakolm, der Wiener ÖAAB-Landesobmann Hannes Taborsky, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits. Eine besondere Ehre wurde dem ÖAAB-Bundesobmann (li.) zuteil: Neben dem FCG-Vorsitzenden Norbert Schnedl (re.) und der Staatssekretärin Claudia Plakolm (Mitte) durfte er den traditionellen Spanferkel-Anschnitt vornehmen.

Foto: Jenny Gagony Photography

…wieder ein gelungenes Oktoberfest!

Mitte September durfte der Betriebsgruppenobmann-Stv. und Betriebsratsvorsitzender der FCG-BVAEBaktiv, Florian Kahl, wieder weit mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen zu dem mittlerweile traditionellen Oktoberfest begrüßen. Im Beisein des Präsidenten Norbert Schnedl, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits verbrachten die Besucherinnen und Besucher einige gemütliche Stunden bei Bier, Weißwurst und Spanferkel im Festzelt im Wiener Prater. Im Bild (v.l.n.r.): Betriebsgruppenobmann und Betriebsratsvorsitzender-Stv. Andreas Nidetzky (li.), ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (Mitte) und Betriebsgruppenobmann-Stv. und Betriebsratsvorsitzender Florian Kahl (re.)

Foto: ÖAAB Graz-Umgebung

Tolle Stimmung beim Lammgrillen

Das ehrenamtliche Engagement ist die Basis für eine erfolgreiche politische Arbeit in den Gemeinden, in den Betrieben und in der Gesellschaft. Als kleine Anerkennung und Wertschätzung für diese Arbeit hat der ÖAAB Graz-Umgebung die Funktionärinnen und Funktionäre nach Deutschfeistritz in den Traditionsbetrieb Eichberger der Familie Hörmann-Wallner zu einem gemütlichen Treffen eingeladen. Dabei kam neben dem politischen Austausch auch die Kulinarik nicht zu kurz: mit gegrilltem Lamm wurden die Gäste verwöhnt. Im Bild (v.l.n.r.): ÖVP-Bezirksparteiobmann Ernst Gödl (li.), ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (Mitte) und ÖAAB-Bezirksobmann Peter Kirchengast (re.) genossen den Abend in bester Gesellschaft.

Foto: OÖAAB

Traditionelles Miteinander in Linz

Danke sagen, miteinander feiern, Netzwerken - nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause stand das traditionellen Hoffest des ÖAAB OÖ klar unter diesem Motto. Zum Start in die politische Herbstarbeit traf man sich an dem Bürostandort in der Linzer Harrachstraße. Zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre, Mitglieder sowie Freundinnen und Freunde folgten der Einladung von ÖAAB-Landesobfrau Christine Haberlander. Bei bestem Spätsommerwetter stand der Abend ganz im Zeichen des Danks für die gute Zusammenarbeit, des Miteinanders und der Unterstützung in den Betriebsräten und Ortsgruppen. Im Bild (v.l.n.r.): OÖVP-Landesgeschäftsführer Florian Hiegelsberger, LAbg. Elisabeth Manhal, OÖAAB-Landesobfrau Christine Haberlander, LAbg. Josef Rathgeb und Landeshauptmann Thomas Stelzer

freiheit-Tipp

Politik zum Mitnehmen

Einen Podcast für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet nun auch der ÖAAB an. Dieser regelmäßig wiederkehrende Audiobeitrag, den man über das Internet anhören kann, wird den Hörerinnen und Hörern die Möglichkeit geben, regelmäßig einen Einblick in das politische Geschehen zu nehmen. Und das Beste daran, man kann sich diese Beiträge überall anhören! Einfach Politik zum Mitnehmen! Bereits zwei Folgen gibt es anzuhören und laufend folgen neue! Ab jetzt auf Spotify reinklicken!

Personalia

Markus Hiesberger ist neuer Bundesgeschäftsführer

Markus Hiesberger ist seit August Bundesgeschäftsführer der Fraktion Christlicher Gewerkschafter*innen in der Gewerkschaft GPA. Hiesberger ist kein Unbekannter in der GPA. Bereits seit elf Jahren ist er als Regionalsekretär für die Betreuung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie der Mitglieder zuständig - zuerst in Wien und seit 2017 in Niederösterreich. Er blickt auf viel Erfahrung in der Politik, Wirtschaft und als Pressesprecher zurück und bringt etliche Jahre Auslandserfahrung mit. Nach der Matura hat er Politik, Recht und Geschichte in Wien und Belfast studiert. Hiesberger hat zwei Kinder. Franz Gosch, der bis dahin diese Position inne hatte, verabschiedet sich in den wohlverdienten Ruhestand. Im Bild: Beim Antrittsbesuch bei ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (li.) stellte Franz Gosch (re.) seinen Nachfolger Markus Hiesberger (Mitte) vor.

Foto: ÖAAB

Christian Stocker ist neuer Generalsekretär der Volkspartei

Christian Stocker wurde zum neuen Generalsekretär der Volkspartei bestellt. Der Mandatar aus Niederösterreich ist ein politischer Vollprofi. Er ist bereits seit Jahrzehnten politisch tätig, mitunter seit dem Jahr 2000 als ÖVP-Stadtparteiobmann und Vizebürgermeister von Wiener Neustadt. Der promovierte Jurist, Rechtsanwalt und Familienvater ist seit Juni 2019 Abgeordneter zum Nationalrat und seit Ende 2021 auch Sicherheitssprecher der Volkspartei. Stocker hat sich vor allem auch im Ibiza-Untersuchungsausschuss und im laufenden U-Ausschuss durch sachliche, unaufgeregte Arbeit verdient gemacht. Er ist bringt Erfahrung, Tatkraft und Umsetzungswillen mit. Im Bild: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (re.) mit dem neuen Generalsekretär der Volkspartei, Christian Stocker (li.).

Foto: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Von Natur aus
gut vorsorgen.
Eco Select Invest
Profitieren Sie jetzt von unserer 100 % nachhaltigen
fondsgebundenen Lebensversicherung!
#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.
WIENER
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP
Zu diesem Versicherungsprodukt gibt es ein Basisinformationsblatt, das bei Ihrer/Ihrem BeraterIn schriftlich und elektronisch (E-Mail) erhältlich ist.
Die jeweils aktuelle Fassung finden Sie auch auf unserer Website wienerstaedtische.at